

Christoph Classen

## Zum öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR. Das Beispiel des Radios

Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der DDR ist nach 1989/90 Gegenstand zahlreicher publizistischer und wissenschaftlicher Betrachtungen gewesen.<sup>1</sup> Das Thema geriet schnell in den Strudel der politischen Auseinandersetzungen, die mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und deren Folgen einhergingen. Die Debatte konzentrierte sich auf den staatsoffiziellen »Antifaschismus« der DDR, in dem die einen wenig anderes zu erblicken vermochten als die systematische Instrumentalisierung von Geschichte zu Herrschafts- und Legitimationszwecken, während andere den Begriff nicht auf die politische Funktionalisierung durch die SED beschränkt wissen wollten und versuchten, ihn als für die politische Kultur des vereinigten Deutschlands erhaltenswert zu retten. Neben dem individuellen Interesse, das eigene »antifaschistische« Selbstverständnis biographisch zu rechtfertigen, spielte dabei offensichtlich auch die Verteidigung eines Kernbereiches traditionellen »linken« Selbstverständnisses eine Rolle.<sup>2</sup> Zumindest teilweise lassen sich die Kontroversen auch auf die Vieldeutigkeit des Begriffes »Antifa-

1 Vgl. Neuere Forschungsliteratur zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten – Auswahlbibliographie 1989–1994 (zusammengestellt von Inge Schmöcker und Jürgen Danyel), in: *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, hrsg. von Jürgen Danyel, Berlin 1995, S. 247–264; vgl. auch die Beiträge in: *Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung*, hrsg. von Claudia Keller, Berlin 1996.

2 Prononciert aus dem letztgenannten Interesse Robert Erlinghagen, *Die Diskussion um den Begriff des Antifaschismus seit 1989/90*, Hamburg 1997; vgl. auch Detlef Kannapin, *Antifaschismus im Film der DDR, DEFA-Spielfilme 1945–1955/56*, Köln 1997, bes. S. 16 ff.

schismus« zurückführen.<sup>3</sup> Sie hängen ferner damit zusammen, daß breiter ansetzende empirische Studien zu diesem Thema noch die Ausnahme darstellen.<sup>4</sup> Dementsprechend weit liegen auch für die 60er Jahre derzeit noch die Einschätzungen auseinander. Sie reichen von der Charakterisierung als einer »Phase der weitgehend politisch instrumentalisierten Auseinandersetzung«<sup>5</sup> bis zu der (auf die Wahrnehmung des Widerstandes bezogenen) Einschätzung, in den 60er Jahren beginne »allmählich eine realistischere und differenzierende Sicht [...] Platz zu greifen«.<sup>6</sup>

Im Folgenden soll versucht werden, anhand des öffentlichen Umgangs mit dem Nationalsozialismus das Verhältnis der DDR zur nationalsozialistischen Vergangenheit in den 60er Jahren näher zu charakterisieren und damit zu einem historisierenden Verständnis beizutragen.<sup>7</sup> Die Untersuchung des medialen Vergangenheitsdiskurses liegt insofern nahe, als das Thema vermutlich in keiner anderen gesellschaftlichen Sphäre in einem solchen Ausmaß präsent war wie in der Öffentlichkeit. Anders als in der Bundesrepublik fand beispielsweise eine justizielle Aufarbeitung in größerem Umfang nicht mehr statt, von den Schauprozessen gegen den bundesrepublikanischen Vertriebenenminister Theodor Oberländer und den Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke einmal abgesehen.<sup>8</sup>

3 Vgl. zum Begriff Manfred Funke, *Faschismus und Antifaschismus – Versuch einer historisch-politischen Begriffsbestimmung*, in: *Bedeutung und Funktion des Antifaschismus*, hrsg. vom Bundesminister des Inneren, Bonn 1994, S. 7–20; sowie Jürgen Danyel, *Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949*, in: *Historische DDR-Forschung*, hrsg. von Jürgen Kocka, Berlin 1993, S. 129–147, hier: S. 132 ff.

4 Sofern es sich nicht um Überblicksdarstellungen handelt, konzentrieren sich die meisten quellengestützten Beiträge auf die Gründungsphase der DDR und die Widerstandsproblematik; vgl. u. a. Jürgen Danyel, *Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR*, in: *Die geteilte Vergangenheit (wie Anm. 1)*, S. 31–46 und Jörn Schlütrumpf, »Besprechungen zwischen ehemaligen VVN-Kameraden ... dürfen nicht mehr stattfinden.« *Antifaschismus in der frühen DDR*, in: *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, hrsg. von Dieter Vorsteher, Berlin 1997, S. 142–152.

5 Olaf Groehler, *Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR*, in: Ulrich Herbert u. Olaf Groehler, *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992, S. 41–66, hier: S. 42.

6 Kurt Finker, *Faschismus, Antifaschismus und »verordneter Antifaschismus«*, in: *Ansichten zur Geschichte der DDR*, hrsg. von Ludwig Elm, Dietmar Keller u. Reinhard Mocek, Bd. XI, Bonn/ Berlin 1998, S. 142–200.

7 Angesicht der Vieldeutigkeit des Begriffes »Antifaschismus« und seiner Konnotationen sowie der erheblichen Kontaminierung durch instrumentellen Gebrauch scheint dem Verfasser dessen Historisierung ohne Alternative.

8 Vgl. Helge Grabitz, *Die Verfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik*

Diese Prozesse, die in Abwesenheit der Angeklagten inszeniert wurden, hatten ihren eigentlichen Adressaten jedoch ebenfalls in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes.

Der Hörfunk bietet sich besonders aus zwei Gründen als Untersuchungsgegenstand an: zum einen wegen seiner weiten Verbreitung, zum anderen, weil er sich auch in der DDR durch eine große Breite der Genres und Zugänge auszeichnete. Neben der aktuellen Publizistik spiegelte er im Programm ältere Medien wie Literatur, Theater und Film in Form von Lesungen, Rezensionen und Adaptionen. Mit Hörspiel, Feature und musikalischen Sendungen standen medienspezifische Formate zur Verfügung, deren suggestives Potential im Vergleich zu den Printmedien höher war, und von Beginn an spielte Unterhaltung eine zentrale Rolle.<sup>9</sup> Das Medium bündelte also verschiedene Perspektiven, indem es beispielsweise wissenschaftliche Vorträge ebenso übertrug wie die offiziellen Feiern einschlägiger Gedenktage und individuelle künstlerische Auseinandersetzungen.

Dabei versteht sich, daß der Hörfunk im Ensemble der politisch kontrollierten Medienlandschaft<sup>10</sup> keine Nische darstellte, in der nonkonforme Lesarten oder politikferne Themen in größerem Umfang eine Chance gehabt hätten. Das westliche Konzept pluralistischer Öffentlichkeit und relativer Autonomie des Teilsystems »Medien«<sup>11</sup> stand für die Verantwortlichen in der DDR zu keinem Zeitpunkt ernsthaft zur Diskussion.

Deutschland, der DDR und in Österreich, in: *Der Umgang mit dem Holocaust. Europa-USA-Israel*, hrsg. von Rolf Steininger, Wien/Köln, 1994, S. 198–220, bes. S. 209 ff.

- 9 Vgl. zur Programmstruktur der 50er Jahre: Konrad Dussel, *Unterhaltung im Sozialismus. Hörfunkprogramme in der DDR der fünfziger Jahre*, in: *DA* 31 (1998), S. 404–418.
- 10 Einen Überblick geben Gunter Holzweißig, *Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur*, Bonn 1997 und Jürgen Wilke, *Medien DDR*, in: *Fischer Lexikon Publizistik – Massenkommunikation*, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz u. Jürgen Wilke, Frankfurt a. M. 1994, S. 219–244.
- 11 Diese Autonomie, die u. a. durch die Kulturhoheit der Länder abgesichert ist, war in der frühen Bundesrepublik allerdings keineswegs unumstritten. Bundeskanzler Adenauer und Teile der CDU vertraten die Ansicht, daß der Rundfunk »politisches Führungsmittel der jeweiligen Bundesregierung« zu sein habe und strebten dementsprechend eine Revision der alliierten Regelungen zugunsten einer Rundfunkhoheit des Bundes an. In einem Memorandum der Bundesgeschäftsführung der CDU mit dem bezeichnenden Titel »Massenführung in der Bundesrepublik« hieß es 1950, daß »der Rundfunk in erster Linie zweifellos politisches Führungsmittel« sei. Eine pluralistische Konzeption wirke »vielleicht auf einige intellektuelle Schwerenöter reizvoll, auf die Menge der Hörer aber schlechthin verwirrend, ja verdummend«; zit. nach: Rolf Steininger, *Rundfunkpolitik im ersten Kabinett Adenauer*, in: *Rundfunk und Politik 1923–1973*, hrsg. von Winfried B. Lerg und Rolf Steininger, Berlin 1975, S. 341–383, hier: S. 347 f.

Vielmehr war selbstverständlich, daß der Rundfunk während der Phase des Sozialismus im Leninschen Sinne »Agitator«, »Propagandist« und »kollektiver Organisator« zu sein und die Partei, wie alle anderen Medien auch, bei der schwierigen Aufgabe, den Boden für die kommunistische Gesellschaftsordnung zu bereiten, nach Kräften zu unterstützen hatte. »Funk«, so der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees, Hermann Ley, im Jahre 1957, »ist eine andere Form des Klassenkampfes«<sup>12</sup>.

Dennoch übersähe eine Charakterisierung des Rundfunks als reines »Herrschaftsinstrument«<sup>13</sup> den Partizipationsaspekt, der dem Massenmedium eo ipso innewohnte. Zwar gelang es im Laufe der 50er Jahre, eine effiziente politische Kontrolle des Rundfunks zu installieren, doch schon die permanenten Umorganisationen, die erst 1958 zum Abschluß kamen, verweisen auf die Schwierigkeiten mit dem Medium.<sup>14</sup> Sie sind zwar zum Teil aus den wechselnden politischen Rahmenbedingungen zu erklären, hatten ihre Ursache aber auch darin, daß das etablierte Unterhaltungsmedium<sup>15</sup> sich einer Nutzung als wortlastiges Aufklärungs- und Propagandainstrument bis zu einem gewissen Grade entzog.<sup>16</sup> Wenn es diesbezüglich in den 60er Jahren ruhiger um den Hörfunk wurde, dann lag das wohl

12 Zit. nach: Gerhard Walther, *Der Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Bonn/Berlin (West) 1961, S. 5.

13 In diesem Sinne Ansgar Diller, *Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument in der DDR*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*, Bd. II/2, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Frankfurt a. M./Baden-Baden 1995, S. 1214–1242 sowie Silvia Müller, *Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument der SED*, in: *Ebd.*, Bd. II/4, S. 2287–2326.

14 Vgl. zur Organisation des Rundfunks die Untersuchungen von Daniela Münkel, *Produktionssphäre*, in: *Zuhören und Gehörtwerden II. Radio in der DDR der fünfziger Jahre – Zwischen Lenkung und Ablenkung*, hrsg. von Adelheid von Saldern u. Inge Marfölek, Tübingen 1998, S. 45–170, und Konrad Dussel, *Die Sowjetisierung des DDR-Rundfunks in den fünfziger Jahren. Die Organisation des Staatlichen Rundfunkkomitees und seine Leitungstätigkeit*, in: *ZfG* 45 (1997), S. 992–1016. Für die 60er Jahre liegen noch keine neueren Untersuchungen vor. Hier sei verwiesen auf: Rolf Geserick, *40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR*, München 1989 und Heide Riedel, *Hörfunk und Fernsehen in der DDR. Funktion, Struktur und Programm des Rundfunks in der DDR*, Köln 1977.

15 Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre*, Hamburg 1995, S. 222.

16 Dies spiegelt sich in den permanenten Appellen, die »Massenverbundenheit« des Rundfunks zu erhöhen, die in einem unauflöselichen, aber aus ideologischen Gründen nicht thematisierbaren Widerspruch zu den regelmäßig wiederkehrenden Vorwürfen der »ideologischen Nachgiebigkeit« und Anpassung an westliche Standards standen; vgl. z. B. die Maßnahmen zur Verringerung westlicher Einflüsse im Bereich der Unterhaltung in der Folge des 30. und 32. ZK-Plenums 1957, BA, Abt. Berlin, DR 6/352 (Beschlussprotokolle des Staatlichen Rundfunkkomitees) Nr. 3/57 und 26–32/57.

weniger an einer prinzipiellen Lösung dieses Widerspruchs, als vielmehr an der sich wandelnden Funktion des Hörfunks und der wachsenden Bedeutung des Fernsehens, wo ähnlich gelagerte Probleme bis zum Zusammenbruch der DDR eine Rolle spielten.<sup>17</sup>

Um den Diskurs über die nationalsozialistische Vergangenheit genauer zu beschreiben, bedarf es des Rückgriffs auf das Programm. Die folgenden Ausführungen beruhen im wesentlichen auf der Untersuchung von etwa 1100 Hörfunkbeiträgen aus den Jahren 1960 bis 1969, die einen inhaltlichen Bezug zum Nationalsozialismus aufweisen.<sup>18</sup> Betrachtet man in einem ersten Schritt die vertretenen Beitragssorten, so fällt besonders ein Übergewicht von Kommentaren ins Auge, die fast die Hälfte aller aufgefundenen Beiträge ausmachen. Meistens handelte es sich dabei um sogenannte Tageskommentare, d. h. etwa fünf bis zehn minütige Beiträge zu tagesaktuellen Fragen, die in der Regel ein deutschlandpolitisches Thema hatten oder einen Jahrestag gegenwartsbezogen kommentierten und historische Argumente oder Vergleiche lediglich integrierten. Nimmt man weitere tages- oder subaktuelle Genres wie Nachrichten, Berichte, Übertragungen und Interviews hinzu, so liegt der Anteil der politischen Publizistik am gesamten Material sogar bei über 60 Prozent. Gemeinsam ist all diesen Sendungen, daß ihr Ausgangs- und Bezugspunkt explizit in der Gegenwart lag, also aktuelle Gegenstände unter Rekurs auf historische Argumente oder Kategorien behandelt wurden.

Einen zweiten Schwerpunkt hatte das Thema im Bereich der Kultur-

17 Zum Fernsehen Peter Hoff, *Organisation und Programmentwicklung des DDR-Fernsehens*, in: *Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1: *Institution, Technik und Programm. Rahmenaspekte einer Programmgeschichte des Fernsehens*, hrsg. von Knut Hickethier, München 1993, S. 245–288. Zur Nutzung: Gerhard Gmel, Susanne Deimling u. Jürgen Bortz, *Die Nutzung des Mediums Fernsehen in der DDR vor und nach der Wende*, in: *RuF* 42 (1994), S. 542–554.

18 Basis sind Sendemanuskripte und Beiträge der drei wichtigsten Sender des DDR-Rundfunks, Berliner Rundfunk, Deutschlandsender und Radio DDR mit ihren insgesamt fünf Programmen. Zu Vergleichszwecken werden ferner Sendungen aus den fünfziger Jahren herangezogen. Sie sind Teil einer Datenbank, die derzeit im Rahmen eines größeren Projekts zur Geschichtskultur der DDR aufgebaut wird. Da die Erhebung noch nicht abgeschlossen ist, stehen die Ergebnisse unter Vorbehalt. Insbesondere ist die Verteilung der Beiträge über den Untersuchungszeitraum in der Stichprobe ungleichmäßig. Es überwiegen Sendungen aus den Jahren 1960, 1961 und 1964. Zu betonen ist ferner, daß es sich um eine zwar umfangreiche, jedoch keineswegs vollständige Zufallsüberlieferung handelt; zur Überlieferungs- und Erschließungssituation vgl. Joachim Felix Leonhard, *Programmvermögen und kulturelles Erbe. Die Rundfunkarchive Ost im Deutschen Rundfunkarchiv*, in: *DA* 28 (1995), S. 404–410, und Ingrid Pietrzynski, *Der DDR-Rundfunk ist tot – es leben die Akten*, in: *Mit uns zieht die neue Zeit. 40 Jahre DDR-Medien*, hrsg. von Heide Riedel, Berlin 1994, S. 299–302.

programme. Lesungen antifaschistischer Literatur – bisweilen musikalisch eingerahmt – und Hörspiele machten elf Prozent aus, weitere 15 Prozent bestanden in Kritiken und Rezensionen einschlägiger Literatur, Filme und Theaterstücke. Lediglich der Rest, knapp 14 Prozent, entfiel auf medienspezifische Behandlungen von Geschichte in Features, Dokumentationen und Porträts von Emigranten oder Widerstandskämpfern.

Dieser Befund verweist auf den hohen Stellenwert, den die nationalsozialistische Vergangenheit im alltäglichen Mediendiskurs der DDR einnahm. Er lenkt den Blick zugleich auf ein charakteristisches Diskursmuster: Die Geschichte des Nationalsozialismus war selten um ihrer selbst willen Thema, sondern wurde regelmäßig explizit mit Fragen der politischen Gegenwart verknüpft.

Weitere Hinweise liefert die Betrachtung der Thematisierungsanlässe. Auffällig ist hier vor allem, daß deutlich häufiger Ereignisse in der Bundesrepublik zugrunde lagen, als in der DDR. Dabei handelte es sich meistens um Erklärungen und Maßnahmen zur Sicherheitspolitik, insbesondere die Frage nach einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, um Äußerungen bundesdeutscher Politiker zum staatlichen Alleinvertretungsanspruch oder zum Status der östlichen, nun polnischen oder tschechischen Gebiete und um innenpolitische Diskussionen wie diejenigen über die Notstandsgesetze und die Verjährungsdebatte von 1964/65. Häufige Anlässe zur Berichterstattung boten zudem die NS-Prozesse in Israel und in der Bundesrepublik, insbesondere der Jerusalemer Prozeß gegen Eichmann 1961 und das erste bundesdeutsche Großverfahren, der Frankfurter Auschwitz-Prozeß von 1963/65. Der Zusammenhang zwischen der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik im Kalten Krieg und dem Rekurs auf den Nationalsozialismus ist also nicht zu übersehen.

Lag der Berichterstattung ein Ereignis in der DDR zugrunde, so handelte es sich meist entweder um Pressekonferenzen und andere Initiativen der DDR, die der Entlarvung der NS-Verstrickung bundesrepublikanischer Politiker, Juristen oder Repräsentanten der Wirtschaft dienten, oder um kulturelle Ereignisse wie Buchveröffentlichungen sowie Theater- und Filmpremieren. Hier spiegelt sich der Anspruch der DDR, den Nationalsozialismus in der antifaschistischen Meistererzählung und im Film auch künstlerisch »bewältigt« zu haben.

Daneben existierte eine ausgeprägte Jahres- und Gedenktagskultur: Besonders häufig fanden sich in der Stichprobe die Jahrestage des Kriegsausbruchs 1939 (25. Jahrestag 1964) und der Befreiung 1945 (20. Jahrestag 1965) als Anlässe der Aktualisierung. Wichtige Daten waren in den 60er Jahren zudem die Jahrestage des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941, des Ausbruchs des Spanischen Bürgerkriegs 1936 sowie – überran-

schenderweise – des gescheiterten Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944. Zahlreiche andere Daten, etwa die Jahrestage der Befreiung der Konzentrationslager, Todestage antifaschistischer Widerstandskämpfer, der Bombardierung Dresdens oder auch Nachkriegsereignisse (z. B. »5. Jahrestag der Volksarmee« 1961 oder die Wiederkehr des KPD-Verbotes in der Bundesrepublik 1956) konnten ebenfalls gelegentlich zum Anlaß historischer Betrachtungen werden.

Betrachtet man in einem dritten Schritt die thematischen Schwerpunkte, so ergibt sich folgendes Bild: Der weitaus größte Teil der Hörfunkbeiträge widmete sich dem zeitgenössischen Umgang mit dem Nationalsozialismus, und zwar wiederum mehrheitlich nicht in der DDR, sondern in der Bundesrepublik. An zweiter Stelle rangieren Thematisierungen des Widerstandes. Mit einigem Abstand folgen etwa gleichrangig Behandlungen von »Refaschisierungstendenzen« in der Bundesrepublik und des Krieges. Weit seltener sind Aspekte von politischer und rassistischer Verfolgung jenseits konkreter Widerstandshandlungen. Andere Themen kommen nur am Rande vor.

Die Aufschlüsselung dieser groben Kategorien bestätigt, daß innerhalb der Gruppe von Beiträgen, die den Umgang mit der NS-Vergangenheit thematisierte, vor allem die Verstrickung der bundesrepublikanischen Eliten das dominante Thema war. Hinzu kamen Berichte von den NS-Prozessen in der Bundesrepublik und solche über die geplante Verjährung einschlägiger Verbrechen. Es liegt nahe, daß diese Themen negativ konnotiert waren, während der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR durchweg positiv dargestellt wurde. Innerhalb der insgesamt zahlenmäßig ebenfalls starken Darstellung des Widerstandes dominierte klar der kommunistische Widerstand. Andere Gruppen kamen – in geringerem Umfang – aber immerhin vor. Daß die Bundesrepublik bei der Behandlung des Nationalsozialismus den eigentlichen Bezugspunkt bildet, wird abermals offensichtlich, wenn man sich den relativ hohen Anteil von Radiosendungen vergegenwärtigt, die Aspekte wie angebliche Kriegsvorbereitungen und Kriegsziele sowie revisionistische und neofaschistische Bestrebungen unter expliziter Berufung auf die Vergangenheit behandelten. Das Thema »Krieg« wurde zum einen aus der Perspektive des verbrecherischen Vernichtungskrieges der Wehrmacht im Osten, vorwiegend in der Sowjetunion, behandelt, zum anderen aus derjenigen des heldenhaften Widerstandes der Roten Armee im »Großen Vaterländischen Krieg« bis hin zur Befreiung des deutschen Volkes.

Viel seltener als der Widerstand wurde hingegen die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden thematisiert. Zwar war es nicht so, daß jüdische Schicksale im Rundfunk überhaupt keine Rolle gespielt hätten. Sie kamen durchaus vor, allerdings lag ihr Anteil an der gesamten Behandlung des Themas bei deutlich unter fünf Prozent. Im Kontext der

Thematisierung von Konzentrationslagern standen drei mal so häufig kommunistische Häftlinge und der von ihnen geleistete Widerstand im Vordergrund, wie von jüdischen Gefangenen die Rede war.

Die beschriebenen Proportionen liefern zum einen klare Indizien für die starke politische Instrumentalisierung der Vergangenheit, die an sich nicht neu war, sondern schon in den 50er Jahren zu beobachten ist. Die historische Verantwortung wurde externalisiert, indem die Bundesrepublik als Hort eines nur oberflächlich kaschierten virulenten Faschismus apostrophiert wurde. Andererseits gibt es durchaus Hinweise dafür, daß sich im Detail etwas verändert hatte: Dafür spricht die gegenüber dem vorhergehenden Jahrzehnt breitere Wahrnehmung des nichtkommunistischen Widerstandes und die ansatzweise Würdigung jüdischer Verfolgung, die während der antisemitischen Phase im Stalinismus noch undenkbar gewesen wäre.

## I. Der aktuelle Faschismus

Die eingangs konstatierte Beobachtung, daß historische Argumente in den zeitgenössischen Rundfunkbeiträgen ihren Fluchtpunkt meist ganz explizit in der Gegenwart und Zukunft hatten, erklärt sich nicht aus dem tendenziell aktuellen Charakter des Rundfunks. Vielmehr handelt es sich um eine Folge der propagandistischen Anstrengungen, bei denen der Bezug auf die Kategorien des »Faschismus« respektive »Antifaschismus« eine zentrale Rolle spielte. Damit waren allerdings nicht allein historische Phänomene gemeint, sondern nach der sogenannten Komintern- oder Dimitroff-Formel, die in der DDR offiziell bis 1989 verbindlich blieb, galt der Faschismus lediglich als extremste, gewissermaßen decouvierte Form des Kapitalismus.<sup>19</sup> Ausgehend von diesem Postulat ließen sich alle möglichen Entwicklungen in der Bundesrepublik und im westlichen Block als »faschistisch« deuten, die dem entgegengesetzte Politik der DDR und des Ostblocks entsprechend als »antifaschistisch«.

Wenn in der DDR vom »Faschismus« oder vom »Antifaschismus« die Rede war, dann handelte es sich also um überzeitliche Kategorien, die jedoch zugleich historisch konnotiert waren und auch gefüllt wurden. Die Bezugnahmen auf und Parallelisierungen bzw. Vergleiche mit dem Nationalsozialismus in der politischen Rhetorik sind Legion: Mal plante die westdeutsche Regierung unter dem Deckmantel der NATO-Integration

<sup>19</sup> Vgl. Wilhelm Pieck, Georgi Dimitroff u. Palmiro Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der kommunistischen Internationale (1935), Berlin (Ost) 1957.

angeblich die Besetzung Dänemarks nach dem Muster von 1940<sup>20</sup>, ein anderes Mal wurde eine Bundestagsdebatte mit Goebbels berüchtigter Sportpalast-Rede verglichen<sup>21</sup> oder es wurde behauptet, beim Bundesgrenzschutz handle es sich um eine »SS-Leibstandarte neuen Typs«<sup>22</sup>. In den Biographien einst wie jetzt einflußreicher Persönlichkeiten schienen beide Komponenten des Faschismus-Begriffs, die historische und die überzeitlich-kategoriale, im Wortsinne »verkörpert«.

Der Einsatz historischer Bezüge unter politischen Nützlichkeits Erwägungen erreichte in den 60er Jahren eine neue Qualität. Im Hörfunk schlugen sich nun die großen propagandistischen Kampagnen gegen die Bundesrepublik nieder, die schwerpunktmäßig in den Zeitraum zwischen 1959 und 1966 fielen. Angriffe gegen Repräsentanten der Bundesrepublik unter Verweis auf ihre nationalsozialistische Vergangenheit sowie Vorwürfe einer ungebrochenen Fortsetzung faschistischer Traditionen gegen Institutionen und den westlichen Block als Ganzes finden sich zwar im Rundfunk (und nicht nur da) seit dem Beginn der sich abzeichnenden Spaltung Deutschlands.<sup>23</sup> Doch in den 50er Jahren war ein systematisch instrumenteller Geschichtsbezug noch schwer zu organisieren, weil in diesen Zeitraum der schwierige Prozeß einer Homogenisierung zunächst noch weit auseinanderliegender, keineswegs konsequent an machtpolitischen Interessen orientierter Interpretationen und Standpunkte fiel. Zusätzlich behindert wurde dieser Prozeß durch die Herrschaftskrise nach dem XX. Parteitag in der Sowjetunion (1956).<sup>24</sup> Erst nach deren Beilegung 1958 wurde die bereits bestehende Praxis, Repräsentanten der Bundesrepublik und den konkurrierenden Staat als Ganzes unter Verweis auf den Nationalsozialismus zu diskreditieren, intensiviert und deutlicher mit konkreten politischen Zielen verbunden.

Die Kampagnen setzten vor allem bei den personellen Kontinuitäten zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der Bundesrepublik im Bereich der Eliten an. Sie wurden von Albert Norden als Mitglied des

20 Militärpolitischer Kommentar vom 22. 2. 1964 auf dem Deutschlandsender. Autor: Dr. Egbert von Frankenberg und Proschlitz, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 64/153.

21 Tageskommentar auf Radio DDR I vom 16. 10. 1964. Autor: Richard Friedrich, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, Ordner Kommentare 1963/1964.

22 »Bonn gegen die Jugend«, Kommentar des Deutschlandsenders vom 18. 4. 1964. Autor: Karl-Eduard von Schnitzler, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, Ordner Kommentare 1963/1964.

23 Vgl. Christoph Classen, »Guten Abend und Auf Wiederhören.« Faschismus und Antifaschismus in Hörfunkkommentaren der frühen DDR, in: *Verwaltete Vergangenheit, Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, hrsg. von Martin Sabrow, Leipzig 1997, S. 237–255.

24 Zur Krise in der DDR nach dem XX. Parteitag vgl. Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 303 ff.

»Ausschuß für Deutsche Einheit«<sup>25</sup> in Abstimmung mit der Westkommission des Politbüros der SED koordiniert. Ihr Ziel war die Diskreditierung von Funktionsträgern der bundesrepublikanischen Gesellschaft, z. B. der Vertriebenenminister Oberländer und Krüger, des Generalbundesanwalts Fränkel, Adenauers Staatssekretärs im Bundeskanzleramt Globke und des Bundespräsidenten Lübke, der als »KZ-Baumeister« apostrophiert wurde.<sup>26</sup>

Nicht selten orientierten sich die Kampagnen an aktuellen politischen Vorgängen. So wurde beispielsweise der Prozeß gegen Eichmann genutzt, um eine Verbindung zwischen den Verbrechen Eichmanns und der Politik der Bundesregierung herzustellen. Angeblich sei es letzterer gelungen, Eichmann daran zu hindern, in den Vernehmungen sein Wissen über die tatsächliche Belastung hochrangiger Repräsentanten der Bundesrepublik preiszugeben, insbesondere des Staatssekretärs Globke.<sup>27</sup> Um so notwendiger erschien es den Kommentatoren immer wieder, diese vermeintlichen Verbindungen offenzulegen: »Die Kommunistenverfolger und die Blutrichter, die Kriegsverbrecher und die Judenhenker – sie treffen sich alle bei Adenauer, und immer steht einer grinsend im Hintergrund dabei – Hans Maria Globke«. Dahinter stecke System, denn Bonn gehe es darum, »mit Nazigeneralen den Nazikrieg gegen den Osten noch einmal auf[zunehmen«.<sup>28</sup> In diesem Falle standen die Anschuldigungen im Zusammenhang mit Chruschtschows Berlin-Ultimatum und sollten der breiteren Öffentlichkeit in Ost und West die Notwendigkeit vermitteln, Westberlin in den sowjetischen Herrschaftsbereich einzubeziehen und von dem »131-Gesindel des Brandt-Senats«<sup>29</sup> zu befreien.

25 S. zum Afde Andreas Herbst, Winfried Ranke u. Jürgen Winkler, *So funktionierte die DDR*, Bd. 1. *Lexikon der Organisationen und Institutionen*, Reinbek 1994, S. 83 f.

26 Darüber hinaus sind die Verweise auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Belastungen zahlreicher Juristen, Manager und Politiker der mittleren Ebene Legion. Hierzu ausführlich: Michael Lemke, *Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968*, in: *Die geteilte Vergangenheit* (wie Anm. 1), S. 61–86 sowie ders., *SED-Kampagnen gegen Bonn 1960–1963*, in: VfZ 41 (1993), S. 153–174.

27 »Globke und Eichmann«, Kommentar des Tages, Berliner Rundfunk, 7. 2. 1961; Autor: Gerhard Mackat, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/157.

28 Ebd.

29 »Friedensvertrag mit Westdeutschland – Freie Stadt Westberlin«, Abendkommentar, Berliner Welle, 23. 7. 1961, Autor: Prof. Dr. Hermann Ley, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/847; die Bezeichnung »131-Gesindel« bezieht sich auf den Artikel 131 GG, der die großzügige Wiedereinstellung und Versorgung jener ehemaligen Mitglieder des öffentlichen Dienstes ermöglichte, die im Zuge der alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen entlassen worden waren; vgl. Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und die NS-Vergangenheit*, München 1996, bes. S. 69–100.

Am Ende dieser Krise stand bekanntlich der Bau der Berliner Mauer, deren offizielle Legitimation als »antifaschistischer Schutzwall« ebenfalls die Geschichte strapazierte. Die Bemühungen, der Bevölkerung auch diesen Schritt mit historischen Argumenten zu vermitteln, gingen über dieses Etikett hinaus. Bereits im Vorfeld bediente sich die Propaganda schriller Töne: Die Massenflucht aus der DDR wurde als »Menschenhandel« charakterisiert, der, ebenso wie die Politik Hitlers gegenüber der Tschechoslowakei und Österreichs in den 30er Jahren, der Ausblutung und Schwächung später zu besetzender Staaten diene.<sup>30</sup> Dem Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees schien es kurz vor dem Mauerbau, als habe die Rehabilitierung und Integration von Nazi-Verbrechern in der Bundesrepublik und speziell in Westberlin ein derartiges Ausmaß erreicht, daß man ihren Einfluß mit den anonymen Mächten in Kafkas »Der Prozeß« und »Das Schloß« vergleichen könne: »Sie ziehen einen Staatsapparat mit Blutrichtern, Schreibtischmördern und Kommandotruppiers auf, denen die Bevölkerung ausgeliefert wird. Sie suchen das klare Denken zu zerrütten. Sie hassen die Stimme der Vernunft und suchen Blutransch zu erzeugen. [...] Wer mit dem Atomkrieg spielt, dem kommt es selbstverständlich auch nicht auf ein einzelnes Menschenleben an. Wem das Menschenleben einen feuchten Kehricht gilt, dem macht es diabolisches Vergnügen, zum Spaß einen Menschen auf kleinstem Feuer zu rösten, bis er ihn ans Messer liefert. Auf dem Boden unseres deutschen Vaterlandes konnte sich nach 1945 wie in der Zeit des Faschismus ein solches Ungeziefer vermehren, das ähnlich dem Vampyr [sic!] sich von dem Herzblut anderer zu nähren sucht. In Westberlin haben sie sich eingemischt. Sie haben dort ihre Posten und Organe, von denen aus sie ihre Fäden spinnen. Sie fühlen schon, daß die Ungeziefervernichtungsmittel zu wirken beginnen. [...] Sie spritzen noch Gift, daß es zum Himmel stinkt. Die Front der anständigen Menschen aber nimmt sie in die Zange. [...] Unsere Demokratische Republik erweist sich als die Basis, von der aus dem Unmenschlichen in unserem Vaterland die Zwangsjacke angelegt wird.«<sup>31</sup> Weitere Beispiele in ähnlicher Diktion ließen sich anführen.<sup>32</sup>

30 Kommentar am Sonntag, Berliner Rundfunk, 23. 7. 1961, Autorin: Herta Classen, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/843.

31 »Friedensvertrag mit Westdeutschland – Freie Stadt Westberlin«, 23. 7. 1961 (wie Anm. 29).

32 U. a. führte die DDR unmittelbar vor dem Mauerbau einen Prozeß gegen »Kopfgänger Bonns« vor dem Obersten Gericht und bediente sich dabei der stalinistischen Praxis, Gegner als »Faschisten« zu denunzieren: »Von 1932 bis 1945 war er (der Angeklagte Dr. Herde, C. C.) oberes Mitglied der NSDAP und des Reichskolonialbundes. Vor Gericht gab er zu, in den Jahren bis 1933, als die bewussten Arbeiter Berlins einen heldenhaften Kampf gegen die braune Pest führten, in Versammlungen Gegner der Nazis anständig vermöbelt zu haben, wie er sich ausdrückte. Er

Nachdem im Vorfeld eine veritable faschistische Bedrohung konstruiert worden war, nimmt es nicht Wunder, daß die Situation vor dem 13. August nach dem Mauerbau mit der Lage im Januar 1933 verglichen wurde. Dieses Mal, so Professor Gerhart Eisler am 14. August »zu den Westberliner Arbeitern und zu allen anderen vernünftigen Westberlinern«, sei die Verteidigung der Interessen der Werktätigen gegen die »Großkapitalisten und Militaristen« gelungen. »Was ich bedaure, ist eines: Daß die deutschen Arbeiter 1933 eine solche Arbeiter-Armee nicht hatten. Denn dann wäre Hitler wie seine Schergen vernichtet worden, er hätte nicht die Macht ergreifen können, und der 2. Weltkrieg wäre verhindert worden.«<sup>33</sup>

Nicht alle Kampagnen wurden in so schrillen Tönen geführt wie diejenige im Zuge der Berlin-Krise und des Mauerbaus; derartige Überspitzungen verweisen vielmehr auf die zentrale Bedeutung, die die Ereignisse der Jahre 1960/61 für den Bestand und die Glaubwürdigkeit der DDR hatten. Doch regelmäßig war die Bezugnahme auf den Nationalsozialismus fester Bestandteil der Argumentationen. So bot die anhaltende Debatte um die Notstandsgesetze in der Bundesrepublik Anlaß, immer wieder darauf hinzuweisen, daß hier abermals ein »Ermächtigungsgesetz« bzw. »ein neuer 30. Januar« vorbereitet werde.<sup>34</sup> Selbst anlässlich des Besuchs der britischen Königin in Bonn 1965 sahen sich die Agitatoren beim ZK bemüßigt, vor den Gefahren einer neuen Appeasement-Politik zu warnen.<sup>35</sup>

war dann auch ein Mitglied jener berüchtigten Einsatzkommandos der SS, die Kommunisten und Sozialdemokraten in die Gefängnisse schleppten. Er blieb nach 1945 seinem braunen Ungeist treu, und da er in der DDR keine politische Heimat fand, fühlte er sich zur Politik Adenauers und Brandts hingezogen. Schließlich landete er beim Ostbüro der SPD. Wir gratulieren zu dieser feinen Errungenschaft. Ehemalige SS-Mitglieder werden vom Ostbüro der SPD gegen den Arbeiter- und Bauernstaat Ostdeutschlands eingesetzt. In solche Tiefen wurde die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von Brandt und Wehner gezogen.«; Tageskommentar, Berliner Rundfunk, 12. 8. 1961, Autor: Alfred Fleischhacker, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/911.

33 Kommentar des Tages, Berliner Rundfunk, 14. 8. 1961, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/915.

34 Abt. Agitation: Argumentationshinweise Nr. 58 (29. 5. 1965), SAPMO-BA, IV A2/902/47.

35 »Schon einmal haben Großbritannien und andere Mächte dem Drängen des deutschen Imperialismus nach Vorherrschaft gegenüber seinen Nachbarn nachgegeben, in dem Glauben, seinen Aggressionsdrang unter Kontrolle halten und in bestimmte Bahnen lenken zu können. Das führte zum Münchener Abkommen von 1938 und begünstigte die Entfesselung des 2. Weltkrieges durch Hitler. Heute den Bonner revanchistischen Zielen nachzugeben, d. h., erneut große Gefahren für die Menschheit zu schaffen. Die Bevölkerung der DDR versteht die Besorgnis in der britischen Öffentlichkeit darüber, daß die britische Regierung in ihrer Deutschland-Politik eine Haltung einnimmt, die den nach dem 2. Weltkrieg in Europa entstandenen Realitäten widerspricht.«; Abt. Agitation: Argumentationshinweise Nr. 52 (18. 5. 1965), SAPMO-BA, IV A2/902/47.

Andere Propagandakampagnen verfolgten weniger konkrete politische Ziele. Das gilt z. B. für jene, die im Zuge der antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik um die Jahreswende 1959/60<sup>36</sup> gestartet wurde. Nahezu täglich berichtete der Rundfunk im Januar/Februar 1960 über den vermeintlich ungebrochenen oder wieder erwachten Antisemitismus und Nazismus in der Bundesrepublik.<sup>37</sup> In diesem Falle dürften die Ziele eher allgemeinerer Art gewesen sein: Die Ereignisse dienten als Belege für die schon vorher gebetsmühlenartig wiederholte These einer ungebrochenen Kontinuität vom NS-Staat zur Bundesrepublik. Die Bonner Regierung sollte im Ausland diskreditiert und im Gegenzug die DDR auf der internationalen Bühne aufgewertet werden.<sup>38</sup>

Wie wenig man den eigenen Ansprüchen gerecht wurde, läßt sich allerdings schon daran ablesen, daß Antisemitismus ausschließlich als westdeutsches Phänomen beschrieben wurde. Über die mentalen Kontinuitäten im eigenen Land, die antisemitischen Verfolgungen während der Stalin-Zeit und über den hohen Assimilationsdruck, der nach wie vor auf den Juden in der DDR lastete, schwiegen die Medien konsequent.

Immer wieder bezog sich die Geschichtspropaganda auf dieselben ideologischen Axiome. Bestimmend für das Geschichtsbild war in den 60er Jahren die sogenannte »Nationale Grundkonzeption«, deren Durchsetzung im Zusammenhang mit dem »planmäßigen Aufbau des Sozialismus« Anfang der 50er Jahre stand. Dieses Programm, das infolge der Entstalinisierung zunächst nicht konsequent umgesetzt werden konnte, übertrug den Historikern die Aufgabe zu erklären, »weshalb der Sieg des Friedens und des Sozialismus in ganz Deutschland unvermeidlich ist.«<sup>39</sup> Seinen inhaltlichen Ausdruck fand dieser Anspruch in einer »Zwei-Li-

36 Dazu: Ulrich Brochhagen, *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, Hamburg 1994, S. 276 ff., sowie Werner Bergmann, *Antisemitismus als politisches Ereignis. Die antisemitische Welle im Winter 1959/60*, in: *Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945*, hrsg. von Werner Bergmann u. Rainer Erb, Opladen 1990, S. 253–275.

37 Die Berichterstattung ging dabei auf sehr verschiedene Ereignisse zurück: Neben den Ereignissen im Umkreis der eigentlichen Vorfälle sind auch zahlreiche Thematisierungsinitionen des Rundfunks und anderer Institutionen zu verzeichnen. So initiierte der Rundfunk Diskussionsrunden und sendete Ausschnitte des Theaterstücks »Professor Mamlock« von Friedrich Wolf. Daneben wurde über eigens angesetzte Film- und Theateraufführungen sowie andere öffentliche Veranstaltungen zur Gefahr des »Faschismus« bzw. Antisemitismus berichtet; vgl. DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 60/1–188 sowie DOK 1949.

38 Daß die Ereignisse selbst von der DDR-Staatssicherheit maßgeblich beeinflußt waren, wie die damalige Bundesregierung unterstellte, konnte bisher nicht überzeugend nachgewiesen werden.

39 Walter Ulbricht, Referat zum »Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« auf der 16. Tagung des ZK der SED vom 26.–28. 6. 1962, in: *ZfG* 10 (1962), S. 1255–1337, hier: 1273.

nien«-Theorie, derzufolge sich die deutsche Geschichte seit dem 19. Jahrhundert in eine »progressive Linie« teile, die vom Liberalismus und der Arbeiterbewegung bis hin zur KPD und SED führe, und eine »reaktionäre Linie«, die vom Kaiserreich über den Nationalsozialismus bis zu Adenauer und der westdeutschen SPD reiche, welche unter Wehner und Brandt zur aktiven Unterstützerin der Reaktion degeneriert sei.<sup>40</sup> Dementsprechend sollte auch die Rundfunkpropaganda glauben machen, daß nur die Unterstützung der DDR und ihrer Politik Schutz davor böte, daß »die alten Kräfte«, das »Bündnis aus Imperialisten und Monopolkapital« mit Hilfe ihrer »nazierprobten Handlanger« Deutschland aus Gier und unbändigem Machtstreben nach den beiden vergangenen Weltkriegen erneut in die Katastrophe stürzen könnten, in eine Katastrophe, die im atomaren Zeitalter allerdings alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen würde.<sup>41</sup>

40 Idealtypisch findet sich diese Argumentation z. B. in einem Kommentar vom 3. Januar 1964 auf Radio DDR zum 45. Jahrestag der Revolution von 1918/19: »Was hat die deutsche Großbourgeoisie nicht alles unserem Volke an Leid zugefügt, was hat sie nicht jeder deutschen Familie alles angetan? Welche unerhörten Verluste an Gut und Blut kommen auf ihr Schuldenkonto? Sie hat die Grenzen von 1914, 1922 und die von 1937 unwiderruflich verspielt. Um ihrer Macht willen wollte sie Deutschland immer größer machen und scheute sie kein Verbrechen. Doch tatsächlich machte sie Deutschland immer kleiner und würde der Staat, wo sie heute noch bestimmt, in dem von ihr einkalkulierten und vorbereiteten Revanchekrieg vollends verschwinden. Westdeutschland und große Teile der Nation würden sich in ein Nichts verwandeln.« Dagegen hätten stets die Warnungen der KPD/SED gestanden: »Ein Kommunist war es, Ernst Thälmann, der schon damals in der Stunde, als Millionen im fiebrigen Taumel der Hoffnung mit dem Faschismus zogen, rief: »Hitler – das ist der Krieg!«. Aber die Kommunisten forderten und warnen nicht nur. Sie wußten zu kämpfen, zu leiden und für die Sache ihres Volkes zu sterben, wie hunderttausende Antifaschisten vieler Richtungen und Parteien.«; Autor: Manfred Klein; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, Ordner Kommentare 1963/1964.

41 »Hitlers Generale und Stabsoffiziere haben die Hand auf die Pershing-Atomraketen gelegt. Sie erwarten sehnsüchtig den Tag, an dem sie die Verfügungsgewalt über die 25-fachen Hiroshima-Bomben erhalten. Seit Jahren streben sie diesem Ziel zu. [...] Es sind immer die gleichen Thesen in den Denkschriften der unbelehrbaren Generale. Seit Schlieffen finden wir immer wieder die gleichen Dogmen: Die zahlenmäßige Überlegenheit des Gegners wird ausgeglichen durch die Führungskunst des deutschen Generalstabes, die Blitzkriegsstrategie, die Ausnutzung der modernsten Waffentechnik und den extra hoch gezüchteten Angriffsgeist der Soldaten. Die gleichen Schlußfolgerungen ziehen Hitlers Generale auch heute noch, nach ihrer Katastrophe von 1945. [...] Mit der Honest John, dem Ehrbaren Johann, begann die Atomaufrüstung der Bundeswehr. Jetzt rechnen Hitlers Offiziere schon mit den Polaris-Raketen, die eine Reichweite von über zweitausend Kilometer besitzen. Gerade deshalb ist es heute notwendiger denn je, die Atomwaffen aus den Händen der Offiziere Hitlers zu reißen.«; Dokumentation »Was steht hinter dem Projekt der MLF« in der Sendereihe »Militarismus ohne Maske«, Berliner Welle, 13. 2. 1964, Autor: Heinz Britsche, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 64/166.

Der Preis für eine solche, letztlich allein an aktuellen Interessen orientierten Sichtweise, war die Einebnung aller Differenzierungen und Entwicklungen der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in den Kategorien des »Imperialismus«, »Militarismus« und »Monopolkapitals« respektive deren siegreichen Gegenspielern. Damit war der Nationalsozialismus im Grunde seiner spezifischen Qualität entkleidet und ordnete sich nahtlos in die Kontinuität des »faschistischen deutschen Imperialismus« ein.

## II. Geschichtssendungen

Die an der Tagespolitik orientierte Propaganda war zwar die dominierende Form, in der Geschichte im Rundfunk eine Rolle spielte. Einen anderen Ausdruck aber fanden Ulbrichts Bemühungen, die Geschichte nun systematisch für die Sache des Sozialismus in Dienst zu nehmen, im Radio in historischen Sendereihen und Vortragszyklen von Historikern.<sup>42</sup> Natürlich sollten auch diese (populär-)wissenschaftlichen Sendungen dazu dienen, in der breiten Bevölkerung die Axiome der nationalen Grundkonzeption zu verankern und damit die aktuelle Politik historisch zu legitimieren.<sup>43</sup> Doch ist diesen Beiträgen anzumerken, daß sie zumindest in Grenzen anderen Gesetzmäßigkeiten folgten als die tägliche Agitation. Denn während Klischees, Vereinfachungen und grobschlächtige Urteile den Verwertungsinteressen von Journalisten durchaus nicht zwangsläufig entgegenstehen müssen, gelang es Fachhistorikern nicht immer reibungslos, ihre »déformation professionnelle« – also den Hang zum Differenzieren und die Rückführung ihre Argumente auf verbürgte empirische Fakten – der politischen Opportunität in der geforderten Form unterzuordnen.

Das illustriert exemplarisch der Fall des Historikers Günter Paulus, der 1962/63 im Deutschlandsender eine Reihe von Rundfunkvorträgen über

42 Vgl. z. B. Deutschlandsender, Intendanz, Sendereihen zur Geschichtspropaganda (11. 8. 1962), Abteilung Agitation, SAPMO-BA, DY 30, IV 2/902/84.

43 Vgl. beispielsweise eine an das Staatliche Rundfunkkomitee gerichtete Ankündigung einer Konferenz des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML) aus Anlaß des 100. Jahrestages der Gründung der I. Internationale: »Die Konferenz soll ein Forum zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den neuesten Verfälschungen der westdeutschen Geschichtsschreibung zu einigen Hauptproblemen des 2. Weltkriegs sein. Die Konferenz verfolgt das Ziel, insbesondere den Charakter des deutschen Imperialismus und Militarismus, die Gesetzmäßigkeiten seiner Niederlagen und seine Perspektivlosigkeit darzulegen. Es geht in diesem Zusammenhang darum, die heutigen Atomkriegspläne der Bonner Ultras zur Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu entlarven.«; vgl. BA, DR 6/64.

die Zeit des Nationalsozialismus hielt und diese kurz darauf kaum verändert in einem populärwissenschaftlichen Band veröffentlichte.<sup>44</sup> Begünstigt durch die Phase der Entideologisierung nach dem Mauerbau, lieferte Paulus – ohne die von der Partei vorgegebene Grundlinie zu verlassen – eine Reihe von unorthodoxen Interpretationen und Sichtweisen, die – weiter vertieft – durchaus geeignet gewesen wären, eine Revision der etablierten Deutung zu befördern. So gestand er Hitler eine Position zu, die über diejenige einer »Marionette des Monopolkapitals« hinausging, deutete die keineswegs nur heldenhafte Rolle der sowjetischen Armee bei der Besetzung 1945 an, äußerte vorsichtig Kritik an der Politik der KPD vor 1933 und erwähnte die Existenz des geheimen Zusatzabkommens des Hitler-Stalin Paktes von 1939.<sup>45</sup> Wäre es bei den Rundfunkbeiträgen geblieben, hätte Paulus vermutlich kaum eine ernste Konfrontation fürchten müssen. Mit der schriftlichen Publikation jedoch gerieten seine Thesen in die Phase der erneuten ideologischen Verengung ab Mitte der 60er Jahre.<sup>46</sup> Die Auslieferung des Buches wurde gestoppt. Paulus glaubte, die Argumente auf seiner Seite zu haben und bestand zu Anfang auf einer inhaltlichen Diskussion. Damit hatte er die Lage falsch eingeschätzt. In der Folge verlor er seine Position und war zur Aufgabe seiner wissenschaftlichen Karriere gezwungen.<sup>47</sup>

Der Fall zeigt, daß der Anspruch, parteiliche Interpretation und wissenschaftliche Analyse harmonisch miteinander zu versöhnen, selbst dann nicht eingelöst werden konnte, wenn die Bereitschaft zur Interpretation im Sinne der Partei prinzipiell vorhanden war. Hinter deren Anspruch stand ein teleologisches Geschichtsverständnis, aus dem Geschichtsprozeß selbst die Prinzipien und die Legitimation des Sozialismus eindeutig ableiten zu können. Naturgemäß fanden die Auseinandersetzungen um solche Fragen jedoch häufiger im Bereich der Geschichtswissenschaft statt als im Rundfunk.<sup>48</sup>

44 Günter Paulus, Die zwölf Jahre des tausendjährigen Reiches – Streiflichter auf die Zeit der faschistischen Diktatur über Deutschland, Berlin (Ost) 1965.

45 Ebd., passim.

46 Vgl. Kahlschlag, Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, hrsg. von Günter Agde, Berlin 2000.

47 Zum Fall ausführlich: Martin Sabrow, Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus, in: Berliner Debatte Initial, Nr. 4–5/1995, S. 51–67; dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, daß zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik im Zuge der Fischer-Kontroverse ebenfalls Bewegung in die bisher verbreiteten Deutungen kam und sich die Fronten aus Sicht der um einen Abgrenzungskurs der DDR von der Bundesrepublik bemühten Politiker bedrohlich aufzuweichen begannen; ebd., S. 59.

48 Vgl. Martin Sabrow: Der »ehrliche Meinungsstreit« und die Grenzen der Kritik, in: Die Mauern der Geschichte. Historiographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie, hrsg. von Gustavo Corni u. Martin Sabrow, Leipzig 1996, S. 79–117;

Im allgemeinen, das legt schon die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in diesem Zeitraum nahe, orientierten sich auch die populärwissenschaftlichen Vorträge, Dokumentationen und Features an den Interpretationen und Schwerpunkten, die politisch opportun erschienen. Auch in diesem Bereich stand insbesondere die Darstellung des kommunistisch bzw. sozialistisch inspirierten Widerstandes im Mittelpunkt, einschließlich zahlreicher Porträts von bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik und Kultur der DDR, in denen ihr Engagement im Widerstand und die Zeit der Emigration während des Nationalsozialismus besonders hervorgehoben wurde.

### III. Literatur im Radio

Einen nicht unerheblichen Teil machten im Radio schließlich Lesungen und Adaptionen literarischer Abhandlungen aus. Auch hier nahm die Widerstandsthematik breiten Raum ein. Neben Darstellungen von Autoren wie Otto Gotsche, Fritz Selbmann und Bruno Apitz, die den Mythos eines heroischen und in der Substanz erfolgreichen Widerstandes von Kommunisten verbreiteten, bot das Medium auch Raum für sehr viel differenziertere Sichtweisen wie die Bodo Uhse, Anna Seghers' oder Günter de Bruyns. Hinzu kamen die »Klassiker« antifaschistischer Literatur, vor allem einschlägige Werke Brechts und die Lyrik Johannes R. Bechers. Ein zweiter Schwerpunkt lag bei pazifistisch geprägten Darstellungen von Fronterlebnissen im Zweiten Weltkrieg. Zum Teil auf letzteren basierend, zum Teil mit Bezug auf die 20er und 30er Jahre, spielte ferner »Wandlungsliteratur« eine wichtige Rolle: Die Ereignisse der Zeitgeschichte wurden in diesen Erzählungen zu »Erweckungserlebnissen«, die den Anstoß für die Abkehr von Sympathie oder Ambivalenz gegenüber konservativen oder gar nazistischen Einstellungen gaben.<sup>49</sup>

Die Lesungen beschränkten sich jedoch nicht auf zeitgenössische DDR-Autoren. Eine eigene Form von Widerstandsliteratur stellten Werke aus den »Volksdemokratien« dar, also aus Rumänien, der CSSR, Polen etc., die sich im wesentlichen als »heroische Partisanenliteratur« charakterisieren lassen. Ähnlich wie in der ebenfalls vertretenen französischen Resistance-Dichtung stand hier aus einer nationalen Perspektive der hel-

ausführlich jetzt Joachim Käppner, *Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR*, Hamburg 1999.

49 Z. B. Bodo Uhse: »Söldner und Soldat«, Lesung in der Reihe »Der Mensch und seine Welt« am 10. 3. 1964 im Berliner Rundfunk und Ludwig Renn: »Nachkrieg«, Lesung in der Reihe »Dichtung unserer Zeit« auf der Berliner Welle am 12. 7. 1961; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 64/246 und BR 61/801.

denhafte Kampf (meist kommunistischer) Partisanen gegen die brutalen deutschen Unterdrücker im Mittelpunkt. Gemeinsam war diesen Darstellungen in der Regel die streng dualistische Darstellung von »bösen« Besatzern und an Idealismus und Moral nicht zu überbietenden Patrioten. Sie verweisen deutlich auf die legitimatorische Funktion eines nationalen Befreiungsmythos in den jeweiligen Ländern.

Die Literatur der Bundesrepublik war ausschnittsweise ebenfalls vertreten. Ein deutlicher Schwerpunkt lag hier bei den Werken einiger Autoren, die sich kritisch mit der Thematisierung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik auseinandersetzten. Neben Marie Luise Kaschnitz waren beispielsweise Heinrich Böll (»Billard um Halbzehn«), Christian Geißler (»Anfrage«) und Peter Weiss mit seiner Dramatisierung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (»Die Ermittlung«) vertreten. Gerade in dieser Auswahl<sup>50</sup> wird die Überformung des Vergangenheitsdiskurses durch Herrschaftsansprüche deutlich: Es konnten im DDR-Rundfunk durchaus kritische, mit der eigenen Ideologie kaum deckungsgleiche Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit gesendet werden, sofern sie sich mit den politischen Interessen der SED-Spitze in Übereinstimmung bringen ließen. In diesem Falle sollten die westdeutschen Autoren, die wegen ihrer Unabhängigkeit von der DDR als besonders glaubwürdig erschienen, zu Kronzeugen der Defizite des Umgangs mit der Vergangenheit im Westen werden.

Literatur kam im Rundfunk noch in einer anderen Form ins Spiel. In den Kulturmagazinen existierte ein breites Rezensionswesen. Es war keineswegs auf die einschlägigen belletristischen und populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen in der DDR beschränkt, sondern in Kulturmagazinen wie »Westdeutsche Bücher – kritisch betrachtet« (Berliner Welle)<sup>51</sup> oder »Deutsche Literatur in Ost und West« (Deutschlandsender) wurden zahlreiche westdeutsche, zum Teil auch ausländische Bücher zum Nationalsozialismus vorgestellt. Selbstverständlich waren nicht wenige Auseinandersetzungen äußerst kritisch. Beispielsweise hieß es in einer Rezension, Günter Grass' Roman »Die Blechtrommel« zeige, »daß sich die bürgerliche Literatur in dem gleichen Fäulniszustand wie die bürgerliche Gesellschaft befindet, daß Menschenhaß und barbarische Gesinnung für die intellektuellen Apologeten dieser sterbenden Gesellschaftsordnung kennzeichnend sind«.<sup>52</sup> Joachim Fests Buch »Das Gesicht des Drit-

50 Vertreten waren ferner mit Erich Kästner und Thomas Mann zwei bürgerliche »Klassiker« der literarischen Opposition gegen den Nationalsozialismus.

51 Die Reihe wurde nach dem Mauerbau bezeichnenderweise in »Bücher aus aller Welt – kritisch betrachtet« umbenannt.

52 »Westdeutsche Bücher – kritisch betrachtet«, Berliner Welle, 31. 1. 1960; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 60/122.

ten Reiches« wurde als mißlungener Versuch bezeichnet, mittels »neuro-pathologische[r] Untersuchungen« (!) die Verantwortung des »Finanzkapitals« für Krieg und Vernichtung mit Rücksicht auf dessen Präsenz in der Bundesrepublik zu verschleiern.<sup>53</sup>

Sehr häufig findet sich das Argumentationsmuster, der Autor verfolge einen lobenswerten und »richtigen« Ansatz, verharre jedoch »objektivistisch« in seinem bürgerlichen Blickwinkel, anstatt einen Schritt weiter zu gehen und auch die richtigen Schlüsse aus seinen Ergebnissen zu ziehen. So wurde eine westliche Veröffentlichung über Eichmann<sup>54</sup> grundsätzlich begrüßt und positiv aufgenommen, jedoch nicht ohne auf die – nach Meinung des Rezensenten – fehlende Darstellung der Einflußnahme der Bundesrepublik auf den Jerusalemer Prozeß und der nationalsozialistischen Schwerstverbrecher in höchsten Ämtern des Adenauer-Staates hinzuweisen<sup>55</sup> – nur ein Beispiel dafür, wie die propagandistisch motivierten Setzungen gewissermaßen als Referenz den Diskurs prägten.

Auf der anderen Seite zeigen sich im Kulturbereich besonders deutlich die Grenzen der machtpolitischen Überformung. Hier kam es schon einmal vor, daß der christlich-metaphysische Ansatz des westdeutschen Schriftstellers Stefan Andres auf ebenso viel Wohlwollen stieß wie eine Edition der Briefe Gottfried Benns, dessen anfängliche Begeisterung für den Nationalsozialismus und spätere resignative Haltung in der Besprechung weder verschwiegen noch einer ideologischen Kritik unterzogen wurden.<sup>56</sup>

Das fast schon zwanghafte Bestreben, die Richtigkeit der aktuellen Politik systematisch aus der Zeitgeschichte abzuleiten, stieß also durchaus auf Grenzen. Wo diese Grenzen lagen, ist ex post nicht immer leicht zu verorten. Die professionellen Normen von Historikern konnten jedenfalls ebenso dazu gehören wie die subjektiven individuellen Perspektiven künstlerischer Aneignungen oder die eigenwillige Auswahl und Besprechung von Büchern aus der Bundesrepublik, die den »gefestigten Klassenstandpunkt« vermissen ließ. Am geringsten scheint der Spielraum regelmäßig im Bereich des aktuellen politischen Journalismus gewesen zu sein.

53 »Vexierbild Adolf H.«, Literatur-Journal, Deutschlandsender, 5. 10. 1964, Autor: Klaus Beuchler, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 64/785.

54 Quentin Reynolds, Ephraim Katz u. Zwy Aldouby, Karl Adolf Eichmann, Konstanz 1960.

55 »Kritik und Polemik«, Berliner Rundfunk, 28. 1. 1961, Autor: Ottokar Bischitzki, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/115.

56 »Westdeutsche Bücher – kritisch betrachtet«, Berliner Welle, 2. 4. 1961 bzw. 25. 6. 1961, Redaktion: Josef-Hermann Sauter, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/398 und BR 61/730.

#### IV. Pole des Diskurses: Widerstand und Judenverfolgung

Sieht man von der charakteristischen Entgrenzung von Gegenwart und Vergangenheit in den Kategorien des »Faschismus« und »Antifaschismus« ab, so ist das wohl auffälligste Merkmal des massenmedial verbreiteten Geschichtsdiskurses in diesem Zeitraum die Konzentration auf die Widerstandsthematik und die geringe Aufmerksamkeit, die demgegenüber der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden beigemessen wurde.

Betrachtet man zunächst die Thematisierungen des Widerstandes genauer, so fällt die bereits erwähnte Privilegierung des kommunistischen Widerstandes ins Auge. Rund 60 Prozent der Beiträge zu diesem Thema hatten die Opposition von Kommunisten oder Sozialisten zum Inhalt. Die Darstellungen waren überwiegend geeignet, den Mythos vom ebenso erfolgreichen wie heldenhaften Kampf deutscher Kommunisten gegen die übermächtigen Feinde zu befördern. Charakteristisch ist die Darstellung der Situation in Buchenwald. Hier war es ebenso wie in Sachsenhausen kurz vor dem Ende des Dritten Reiches gelungen, eine funktionierende kommunistische Untergrundorganisation zu etablieren. Dieser Spezialfall schien sich deshalb besonders zu eignen, die These vom erfolgreichen kommunistischen Widerstand zu untermauern, der – entsprechend den Dogmen über den gesetzmäßigen Verlauf des Geschichtsprozesses – den Faschismus letztlich niedergerungen habe, und dies gleichzeitig mit einer positiven nationalen Tradition zu verbinden. Besonders deutlich wird dies in der Darstellung der Selbstbefreiung des Lagers am 11. April 1945. Der symbolische Aufstand, der dem Eintreffen der Amerikaner unmittelbar vorausging, wurde 1962 folgendermaßen beschrieben: »Im kurzen, heftigen Kampf wurde die SS-Wachmannschaft gefangengenommen und verjagt. Um 18.00 Uhr wurden 300 SS-Leute als Gefangene eingebracht. Das Lager war frei! 21 Tausend Menschen aus etwa 24 Nationen wurde dadurch das Leben gerettet. Die Befreiung des Lagers war die Krönung des illegalen Widerstandskampfes aller Nationen unter Führung der KPD. Mit dem Sieg über die faschistische Barbarei in Buchenwald bewies auch hier die Arbeiterklasse, daß sie die führende Kraft im Kampf gegen Krieg und Faschismus war.«<sup>57</sup>

Die Verhältnisse im Lager wurden entsprechend idealisiert. In einem Feature von 1967 hieß es: »Mit dieser Kraft [gemeint ist die Solidarität unter den Häftlingen, C. C.] gelang es, Hungernden Brot, Verzweifelten Zuspruch, Todeskandidaten Rettung, Aufbegehrenden Ziel und Richtung

57 Schilderung des Arbeiterveteranen Richard Kucharczyk v. 24. 4. 1962; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DOK 1274, S. 7.

zu geben; diese Kraft der Solidarität [...] schirmte die Häftlinge ab vor Denunzianten und ließ bis auf den letzten Tag nicht einen Fall von Verrat zu.«<sup>58</sup> Hier wurde der Antifaschismus nicht nur zur Verkörperung des in der Gegenwart eingeforderten Zusammenhalts, sondern zugleich sakral aufgeladen und zur Antwort auf menschliche Sinn- und Existenznöte. Nur am Rande sei vermerkt, daß eine solche Darstellung mit den tatsächlichen Bedingungen in den Konzentrationslagern nicht viel gemein hatte. Die Übernahme von Funktionen durch die Gefangenenselbstverwaltung war hochgradig ambivalent, der Aufbau der kommunistischen Untergrundorganisation nur um den Preis tiefer Verstrickung in die brutale Realität des Lagers zu haben.<sup>59</sup> Man mag es daher auch nicht für einen Zufall halten, daß im Manuskript der Sendung (neben anderen) jene Passage gestrichen ist, in der ein ehemaliger Mitgefangener offenbar ohne Argwohn den Revierkapo Ernst Busse erwähnte, dem in der stalinistischen Zeit die mit seiner Funktion verbundene Verstrickung in die Verbrechen des Lagers zum Verhängnis geworden war.<sup>60</sup> Das Beispiel illustriert, daß persönliche Erinnerungen – trotz Einigkeit in den politischen Grundfragen – ebenso wie empirische historische Analysen immer Gefahr liefen, in einen Widerspruch zum entgrenzten, konsequent dichotomisch angelegten Geschichtsbild des offiziellen Antifaschismus zu geraten. Die Widerstandskämpfer selbst wurden zu Heroen stilisiert, zur Personifizierung der von der SED in der Gegenwart eingeforderten Werte und Tugenden wie Solidarität, Pflichterfüllung, Einsatz für die Sache und Gefolgschaft.<sup>61</sup>

Das Bild des Widerstandes war jedoch in den 60er Jahren nicht so einseitig, wie vielleicht vermutet werden könnte. Außer dem Widerstand in den besetzten Ländern<sup>62</sup> kam nun auch der national-konservative Widerstand im Hörfunkprogramm nicht nur vor, sondern er wurde auch nicht

<sup>58</sup> »Solidarität der Klassenbrüder – Widerstand in Buchenwald« vom 4. 5. 1967 auf DDR II zum Jahrestag der Befreiung. Autorin: Marianne Thoms. DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DOK 528.

<sup>59</sup> Vgl. Der »gesäuberte Antifaschismus«. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, hrsg. von Lutz Niethammer, Berlin 1994.

<sup>60</sup> Zum Fall ausführlich Niethammer in: Ebd.

<sup>61</sup> »[...] von Ernst Thälmann haben wir gelernt, wie man als Arbeiterjunge kämpfen muß, um seine Feinde zu besiegen, um seine Feinde zu schlagen. Dazu gehört Ehrlichkeit, Opfermut, Aufopferungsfähigkeit und ein richtiges Programm, eine Marschroute, und die hat uns die kommunistische Partei gegeben, und ich glaube, wenn wir diese Lehren von Ernst Thälmann beherzigen, dann wird er nie tot sein und wir werden damit ihm und der ganzen Menschheit den Gefallen tun und das Werk verrichten, was er selbst nicht mehr verrichten konnte, nämlich den Sieg des Kommunismus zu garantieren.«; Arbeiterveteran Erich Auer auf einer Historikertagung 1964 in Greifswald; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DOK 1792.

<sup>62</sup> Der Schwerpunkt lag auf Osteuropa und Frankreich.

mehr durchweg negativ bewertet. Hieß es über die Männer des 20. Juli zum 10. Jahrestag 1954 noch, es habe sich um »persönlich Mißvergnügte [...] auf der Suche nach neuen Wegen und Mitteln zur Erhaltung des Militarismus« gehandelt<sup>63</sup>, und hatte ein Hörspiel, das ein positives Bild zeichnete, 1957 die politische Leitungsebene des Rundfunks beschäftigt<sup>64</sup>, so fiel das Urteil zum 20. Jahrestag 1964 anders aus. Entsprechend der »Zwei-Linien«-Theorie wurde die Bewegung nun in einen »reaktionär-klerikalen« Flügel um Goerdeler, der »die Wesenszüge (trug), die dem deutschen Imperialismus noch heute eigen sind: Aggressivität, Streben nach fremdem Grund und Boden, Unfähigkeit, das Kräfteverhältnis in der Welt [...] und die eigenen Möglichkeiten richtig zu beurteilen«, sowie in »patriotisch gesinnte Kräfte« um Stauffenberg und den Kreisauer Kreis eingeteilt. Letztere hätten sich – wie es in einem Kommentar heißt – »von sich aus in einigen Grundfragen dem Programm des Nationalkomitees »Freies Deutschland« genähert.«<sup>65</sup> In dieser Argumentation scheinen freilich die alten Vorbehalte noch durch, und sie läßt vor allem keinen Zweifel an der nach wie vor gültigen Hierarchie, die den kommunistischen Widerstand an die Spitze stellte.

Der Versuch, die Männer um Stauffenberg für die DDR zu vereinnahmen, ging mit propagandistischen Bemühungen einher, die Legitimität der bundesrepublikanischen Traditionspflege zurückzuweisen: Bundespräsident Lübke, der »als V-Mann der Gestapo in Peenemünde sein privates KZ unterhielt«, sei moralisch ebensowenig berechtigt, nun im Namen der Opfer zu sprechen, wie Herbert Wehner, »der selbst aus Feigheit

<sup>63</sup> Kommentar des Deutschlandsenders zum 10. Jahrestag des 20. Juli 1944, 19. 7. 1954. Autor: Gabriel Brüge (Institut für Zeitgeschichte). Der Kommentar folgte insofern ebenfalls bereits der »Zwei-Linien«-Theorie der Nationalen Grundkonzeption, als Stauffenberg schon hier wegen seiner überparteilichen Kontakte positiv bewertet wurde. Am Gesamturteil änderte das jedoch nichts: »Der politischen Zwecklegende, daß die Oppositionsbewegung der Generäle die stärkste Widerstandskraft gegen den Hitlerfaschismus gewesen ist, muß die geschichtliche Tatsache entgegengestellt werden, daß das Zentrum der antifaschistischen Widerstandsbewegung die illegalen Gruppen und Zirkel der Kommunisten und Sozialisten waren«; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 54/1487.

<sup>64</sup> »Eine wesentliche Schwäche liegt darin, dass die Zusammenhänge und Ziele, die das Monopolkapital mit dem Putsch am 20. Juli verfolgte, nicht herausgestellt wurden. In seiner jetzigen Form trägt es (das Hörspiel »Das Attentat«, C. C.) nicht dazu bei, die Wahrheit über den 20. Juli aufzudecken. Es idealisiert und macht alle Beteiligten am Attentat zu Helden für einen grossen Teil der Bevölkerung, insbesondere der jungen Menschen, die die geschichtliche Entwicklung nicht kennen. [...] Der Unterschied zwischen Revolution und Putsch wird hier überhaupt nicht angesprochen.« Beschlußprotokoll 38/57 der Leitungssitzung des Staatlichen Rundfunkkomitees v. 22. 10. 1957, BA, DR-6, 352.

<sup>65</sup> Kommentar »Zum 20. Juli«, Radio DDR I, 18. 7. 1964; Autor: Dr. Egbert v. Franckenberg, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DDR 64/545.

Antifaschisten an die Gestapo auslieferte.«<sup>66</sup> Der Bundesregierung insgesamt stritt man jedes Recht ab, sich auf die Widerstandsbewegung zu berufen: Dies sei »widerliche Heuchelei« und eine »Beleidigung der Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli.«<sup>67</sup> Einzig in der Politik der DDR und ihrer politischen Elite seien die Intentionen der Widerständler um Stauffenberg verwirklicht.<sup>68</sup>

Die Erweiterung des Spektrums der Widerstandswahrnehmung beschränkte sich im wesentlichen auf die Gruppen im Umkreis des gescheiterten Attentats vom 20. Juli. Christlich motivierte Gegner des Nationalsozialismus und jüdische Initiativen fanden nur sehr vereinzelt in den Kulturprogrammen Erwähnung.<sup>69</sup> Die veränderte Wahrnehmung des Widerstandes hatte also weniger mit historischer Differenzierung zu tun, sondern läßt sich eher mit der sozialintegrativen Funktion des Themas in der Gegenwart erklären: Letztere legte es nahe, den antifaschistischen Mythos von der Einigkeit »aller fortschrittlich gesinnten Kräfte« zu beschwören. Dies implizierte freilich die Wahrnehmung einer gewissen Breite der Widerstandsbewegung, ohne zugleich die Legitimität des kommunistischen Führungsanspruches in Frage zu stellen.

Auch die Judenverfolgung blieb unterbelichtet. Sie hatte in der ökonomistischen Interpretation »eigentlich kein[en] Platz«, wie es ein DDR-Historiker nach der Wende formulierte.<sup>70</sup> Jede besondere Heraushebung hätte im Gegenteil die These einer einfachen Kontinuität des Imperialis-

66 Kommentar des Deutschlandsenders, 21. 7. 1964, Autor: Richard Friedrich, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, DS 64/581. Die Bezeichnung Lübkes als »V-Mann der Gestapo« stellte den Kern einer Kampagne der DDR gegen seine kurz zuvor anstehende Wiederwahl dar. Vgl. z. B. Tagekommentar, Radio DDR I, 30. 6. 1964 (wie Anm. 21).

67 Kommentar »Zum 20. Juli«, Radio DDR I, 18. 7. 1964 (wie Anm. 65).

68 »Jenes freie Deutschland, das von Stauffenberg hochleben ließ, ehe er in der Bendlerstraße unter den Kugeln eines Hinrichtungskommandos zusammenbrach, ist nur in der Deutschen Demokratischen Republik zu finden. Und nur unsere Regierung und die von ihr vertretene Politik der friedlichen Koexistenz und der Verständigung sichern den Frieden für Deutschland, für dessen Erringung Stauffenberg sein Leben gab. Hier sind Männer an der Regierung, die wie die Verschwörer des 20. Juli die verbrecherische Naziherrschaft nicht unterstützen oder im stillen Kämmerlein gegen sie räsoniert, sondern die Widerstand leisteten und aktiv gegen Hitler und seine Verbrechen auftraten.«; Kommentar zum Sonntag, Berliner Rundfunk, 19. 7. 64, Autor: Werner Pincus, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 64/692.

69 Eine der Ausnahmen: »Literatur heute und morgen«, Berliner Rundfunk, 15. 4. 1960; Lesung aus dem Roman »Auch in jener Nacht brannten Lichter« von Curt Letsche über die »Weiße Rose«; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 60/394.

70 Vgl. Olaf Groehler, Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Umgang mit dem Holocaust (wie Anm. 8), S. 233–245, hier: S. 240, sowie jetzt auch Käppner (wie Anm. 48).

mus in Frage gestellt. Dementsprechend wurde das Thema zunächst weitgehend von der Propaganda gegen die Bundesrepublik vereinnahmt. Vor allem im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozeß und den Kampagnen gegen Globke mußte deren historische Rolle zur Sprache kommen. Dabei wurden Antisemitismus und Verfolgung jedoch entsprechend den ideologischen Prämissen lediglich als »Epiphänomen« des Faschismus wahrgenommen. Im Mittelpunkt standen deshalb die Zwangsarbeit und die ökonomischen Aspekte der Konzentrationslager. Beispielsweise wurde behauptet, der Frankfurter Auschwitz-Prozeß diene allein der Ablenkung von den eigentlich Schuldigen:

»Es geht um die Rettung der Hintermänner, um die Stützen und Befehlsgeber des Hitlerstaates, die heute Stützen und Befehlsgeber des Bonner Staates sind. Es geht um die Rolle des IG-Farbenkonzerns bei der Vernichtung von 6 Millionen Menschen in Auschwitz. [...] In den Büros dieses Konzerns, dessen wirtschaftliche Macht heute stärker als 1945 ist, laufen alle Fäden der Verschleierung zusammen. [...] Hier geht es nämlich [...] darum, daß die Hintermänner des millionenfachen Mordes von Auschwitz im Bonner Staat neue Verbrechen vorbereiten.«<sup>71</sup>

Immerhin kam das Thema nun deutlich häufiger zur Sprache als in den 50er Jahren, wo entsprechende Radiobeiträge äußerst selten nachzuweisen sind. Zudem scheint es, als habe die Konzentration der Propagandisten auf Globke, Eichmann und die NS-Prozesse in der Bundesrepublik den Weg für Annäherungen ohne unmittelbare politische Verwertungsinteressen geebnet. Eine Dokumentation, die anlässlich des 20. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gesendet wurde, beinhaltete zwar auch den obligatorischen Hinweis auf die NS-Täter in der Bundesrepublik, im Mittelpunkt der Sendung standen jedoch der Ghetto-Aufstand und die Vernichtungspolitik.<sup>72</sup> Hinzu kamen Vorstellungen (westlicher) Bücher und Lesungen im Rahmen der Kulturmagazine.<sup>73</sup> Meist ebenfalls im literarischen Kontext standen erste Porträts von Einzelschicksalen, darunter auch das des in Bergen-Belsen ermordeten Mädchens Anne Frank. Sachliche, zum Teil wissenschaftlich fundierte Annäherungen in Form von Features und Dokumentationen gab es überwiegend in die zweite Hälfte der 60er Jahre. In der Reihe »Lebendige Geschichte« auf DDR II konnten nun Komplexe wie die »Wannseekonferenz« (29. 1. 1967) und die soge-

71 Kommentar zum Frankfurter Auschwitz-Prozeß, Berliner Rundfunk, 6. 3. 1964, Autor: Alfred Fleischhacker; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, Ordner Kommentare 1963/64.

72 »Sammelplatz Shelasnastrasse«, Deutschlandsender, 21. 4. 1963; Autor: Horst Grothe, DRA Berlin, Bestand Hörfunk, 2013258000.

73 Z. B. die Vorstellung der Dokumentation »Der gelbe Stern« von Gerhard Schoenberger in der Sendereihe »Kritik und Polemik«; Berliner Rundfunk, 4. 3. 1961; Autor: Josef-Hermann Sauter; DRA Berlin, Bestand Hörfunk, BR 61/261

nannte »Reichskristallnacht« (30. 3. 1969) behandelt werden.<sup>74</sup> Ungeachtet dieser Entwicklung müssen allerdings die Proportionen im Blick bleiben: Gemessen an der gesamten Faschismus-Rhetorik und auch der Widerstandsthematik behandelte nach wie vor nur ein verschwindend kleiner Anteil der Beiträge die Verfolgung und Ermordung der Juden.

Bei allen Deformationen, die das politisch überstrapazierte Geschichtsbild erfuhr, beleuchteten die ideologisch und gesellschaftlich vorgegebenen Perspektiven auch Aspekte, mit denen man sich in der Bundesrepublik in dieser Zeit (und teilweise erheblich darüber hinaus) schwer tat. Zu nennen sind hier vor allem die bereits in den 60er Jahren verankerte Wahrnehmung der Kriegsverbrechen an der Ostfront, der ökonomischen Ausbeutung von Häftlingen und Zwangsarbeitern und allgemein der Verstrickung deutscher Unternehmen in die Verbrechen des Regimes.

## V. Funktionen des Antifaschismus

Am offensichtlichsten ist die Instrumentalisierung der Vergangenheit für außenpolitische Zwecke. Die propagandistischen Vorwürfe gegen die Bundesregierung, die auch international breit gestreut wurden, stellten eine flankierende Maßnahme dar, die auf staatliche Anerkennung zielenden Außenpolitik dar. Die Propaganda sollte auf der internationalen Bühne suggerieren, daß allein die DDR die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz konsequent umgesetzt habe, während im Falle der Bundesrepublik anhaltendes Mißtrauen Berechtigung habe.<sup>75</sup> Die Aufwertung der DDR bei gleichzeitiger Diskreditierung des West-Staates diente außenpolitisch der wenig erfolgversprechenden Strategie, Keile in den westlichen Block zu treiben. Zugleich stellte dies den Versuch dar, auf das Engagement der Bundesrepublik in Osteuropa zu reagieren und Blockpartner von der Aufnahme formeller Beziehungen zur Bundesrepublik abzuhalten.<sup>76</sup>

Stärker noch waren die Hoffnungen, mit den Kampagnen zur Ausweitung der inneren Konflikte der Bundesrepublik beitragen zu können. Durch Aufklärung über die Zahl, die Positionen und die unveränderten Ziele »der Nazis im Bonner Staat« müsse das Bewußtsein der Massen mit Hilfe der oppositionellen Kräfte im Westen so geschärft werden, daß sie »die Kontinuität der Klassenkräfte« erkennen könnten und merkten, daß »die Bonner Regierung zur Verwirklichung ihrer revanchistischen Pläne nach außen nicht auf die Mitwirkung der Hitler-Generäle, SS-Mörder,

74 DRA Berlin, Bestand Hörfunk, 2020049000 und 2020124000.

75 Lemke (wie Anm. 26), S. 67.

76 Zu den Schwierigkeiten der DDR mit den Block-Staaten vgl. Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1996, S. 255 ff.

Naziblutrichter, Gestapoleute und Nazidiplomaten verzichten kann und will.«<sup>77</sup> Indirekt hatten die aggressiven, im Ton oft unmäßigen Enthüllungen einen defensiven Hintergrund: Sie stellten den eher hilflosen Versuch dar, der zunehmenden (wirtschaftlichen) Attraktivität der Bundesrepublik auf ideologisch-moralischem Gebiet zu begegnen. Ihre Wirksamkeit im intendierten Sinne hielt sich in entsprechenden Grenzen.<sup>78</sup>

Die Bedeutung, die dem Umgang mit dem Nationalsozialismus innenpolitisch zukam, ist weniger offensichtlich. Schon direkt nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« kam der Kategorie des »Faschismus« und dem vagen Konzept seiner Überwindung im »Antifaschismus« für die Etablierung der unter einem chronischen Legitimationsdefizit leidenden kommunistischen Herrschaft eine besondere Bedeutung zu. Die Berufung auf einen Neuaufbau unter »antifaschistisch-demokratischen« Vorzeichen ermöglichte es der KPD/SED in der unmittelbaren Nachkriegszeit, ein scheinbar konsensuales Ziel aller »fortschrittlichen Kräfte« zu formulieren und zugleich mehr oder minder offen den Ausbau einer hegemonialen Position zu betreiben.<sup>79</sup> In der SBZ/DDR bekam die Vereinnahmung der Vergangenheit schnell vielfältige Dimensionen: Sie diente der sukzessiven Ausschaltung nicht nur der bürgerlichen, sondern auch der innerparteilichen Opposition und war zugleich funktional für die Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder, Wehrmachtangehöriger und Mitläufer.<sup>80</sup> Damit zwangsläufig verbunden war ein zunehmender Druck zur Kanonisierung und Entdifferenzierung der Geschichtserinnerung.

Das Problem der Bindung einer skeptischen Bevölkerungsmehrheit an ein neues politisches System, das sich nicht problemlos traditional legitimieren konnte, stellte sich als spezifisches Nachkriegsproblem in beiden deutschen Staaten. Spätestens seit dem Mauerbau begann jedoch auch in der DDR eine Konsolidierungsphase, in der sich das System nach dem unter hohen sozialen Kosten betriebenen Umbau der Gesellschaft in den 50er Jahren etablierte und stabilisierte.

Zwar blieb die Entwicklung in vieler Hinsicht krisenhaft<sup>81</sup>, aber für

77 »Das Hauptziel muß darin bestehen, die Kluft zwischen den extremsten aggressiven Kreisen im Bonner Staat, die sich auf die alten und neuen Faschisten stützen und die Revanchepolitik Hitlers fortsetzen, und der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, die Frieden und Sicherheit wünscht, zu vertiefen.«; Westkommission beim Politbüro: »Konzeption für die Weiterführung unseres Kampfes gegen die schwerbelasteten Faschisten und ihre Ideologie im Bonner Staat«, 9. 10. 1963, SAPMO-BA, DY 30/IV A2/902/22.

78 Lemke (wie Anm. 26), S. 79 ff.; Staritz (wie Anm. 76), S. 256 f.

79 Vgl. Ulrich Mählert, *Die Instrumentalisierung des Antifaschismusbegriffes durch die KPD/SED*, in: *Geschichte-Erziehung-Politik (GEP)* 4 (1993), S. 441–452.

80 Danyel, *Opfer- und Verfolgtenperspektive* (wie Anm. 4), S. 42.

81 Zu nennen wären hier vor allem der 1960 unter großem Druck herbeigeführte »Abschluß der Kollektivierung«, das Scheitern der vollmundig proklamierten

die Identität und Legitimation des Staates brachte gerade die Konsolidierung paradoxerweise noch andere Probleme mit sich. So ließ der Ausgang der Berlin-Krise auch aus DDR-Perspektive keinen Zweifel mehr daran, daß die offiziell stets angestrebte Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen mittelfristig keine Chance hatte. Die proklamierte »Überlegenheit des Sozialismus« auf wirtschaftlichem Gebiet erwies sich ebenfalls zunehmend deutlich als Illusion. Die Einlösung der utopischen Versprechen des Sozialismus rückte in immer weitere Ferne<sup>82</sup>, und der Aufbau-Mythos verbrauchte sich zusehends, während die Attraktivität der stets präsenten westlichen Warenwelt – allen Unkenrufen ihres unmittelbar bevorstehenden Untergangs zum Trotz – weiter zunahm. Verschärfend kam hinzu, daß sich Probleme und Krisen kaum noch wie zuvor »rückständigen Elementen« im Inneren und Infiltrationen von außen anlasten ließen, während zugleich der Druck zum Arrangement mit der DDR erheblich zugenommen hatte: Mit dem Bau der Mauer war nicht zuletzt ein wichtiges Ventil der Unzufriedenheit verschlossen worden.

Bereits nach dem XX. Parteitag der KPdSU kam es unter dem Druck des scharfen und für die DDR-Führung überraschenden Bruchs mit Stalin zu einer Transformation des Legitimationsdiskurses, der sich nun auf das Feld der gesellschaftlichen Reformen und der Betonung des bisher Erreichten konzentrierte.<sup>83</sup> Dieser Prozeß barg schon in sich einige Brisanz. Die Probleme, die sich aus all dem für die Legitimation der DDR ergaben, ließen sich damit jedoch auf Dauer kaum lösen. Die Legitimationskrise war augenfällig: Sie manifestierte sich in der massenhaften »Republikflucht« ebenso wie in dem Bauwerk, das diese unterbinden sollte, der Berliner Mauer. Das erfolgreiche Modell der Bundesrepublik, wo wirtschaftliche Prosperität und freie Wahlen eine stetig wachsende Akzeptanz erzeugten, stand für die DDR nicht zur Debatte bzw. es lag außerhalb ihrer Reichweite. Schwer wog auch, daß sich der Reformdiskurs im Laufe des Jahrzehnts ebenfalls verschleiß. Spätestens Mitte des Jahrzehnts sahen sich die Intellektuellen und Künstler mit der Tatsache konfrontiert, daß die Partei nach wie vor nicht dauerhaft bereit war, ihren Anspruch auf

»Ökonomischen Hauptaufgabe«, die tiefe Wirtschaftskrise Anfang der 60er Jahre mit der Konsequenz des Mauerbaus sowie das Scheitern der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen im Laufe des Jahrzehnts und schließlich die gewaltsame Niederschlagung demokratischer Ansätze in der CSSR 1968.

82 Vgl. Joshua Feinstein, *Spur der Steine. Zum Verhältnis von Gegenwart und Geschichte im DEFA-Spielfilm der sechziger Jahre*, in: *Verwaltete Vergangenheit* (wie Anm. 23), S. 216–236.

83 Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt a. M. 1992, S. 123 ff.

Deutungshoheit einzuschränken.<sup>84</sup> Mit der faktischen Suspendierung des »Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung« (NÖSPL) wenig später wurde klar, daß dies auch für den Lenkungsanspruch im wirtschaftlichen Bereich galt.

Vor dem Hintergrund der Transformation der Legitimationsbezüge nach dem XX. Parteitag wirkt der Rekurs auf den Nationalsozialismus wie ein Fixpunkt in einer instabil gewordenen Landschaft. Wo sich andere Mobilisierungsstrategien und Versprechen aufgebraucht hatten, wo sich angesichts rapider Kurswechsel gerade auch in den eigenen Reihen Unsicherheit verbreitet hatte, schien im Antifaschismus ein konsensualer legitimatorischer Kern zur Hand. Die bereits etablierte Praxis, die moralische Argumentation mit der jüngsten deutschen Vergangenheit als Mittel der gesellschaftlichen Integration nach innen und ihrer Abgrenzung nach außen einzusetzen, wurde noch intensiviert. Die überaus heftigen Angriffe nach außen verfolgten immer auch den Zweck, den Zusammenhalt als »Schicksalsgemeinschaft« im Inneren zu erhöhen und die eigene Bevölkerung für die Ziele der Staatsspitze zu gewinnen, respektive in ihrem Sinne zu motivieren. Indem behauptet wurde, alte Nazis bereiteten im Bündnis mit Imperialisten einen neuen Krieg vor, der zwangsläufig in einem atomaren Inferno enden müsse, wurde mit historischen Argumenten eine Bedrohung konstruiert, die größer nicht hätte sein können: Es ging gegen nichts Geringeres als die Apokalypse selbst. Historische Interpretation wurde zu einem moralischen Imperativ, der die Suspendierung von Kritik, Zweifeln und Opposition für ein unangreifbar über allem stehendes Ziel forderte: Es hieß zusammenzustehen nicht nur für die Verteidigung der Nation, sondern für das Überleben der ganzen Menschheit.

Unter diesen Bedingungen entwickelte sich der Antifaschismus weiter in die Richtung eines Angebots einer moralisch substantiierten »Ersatzidentität« für DDR-Bürger, als ein überwölbendes Konstrukt, das parallel zum Verschleiß der sozialistischen Utopie in der Realpolitik mehr denn je gebraucht wurde, um als äußerer Kitt einer von inneren Widersprüchen geprägten Gesellschaft zu dienen.<sup>85</sup>

## VI. Grenzen und Wirkungen

Die gesteigerte Instrumentalisierung des Themas für die Legitimation von Herrschaft in den 60er Jahren, wie sie sich in der öffentlichen Sphäre deut-

84 Manfred Jäger, *Kultur und Politik in der DDR 1945–1990*, Köln 1995, S. 87 ff. und S. 119 ff.

85 Vgl. Detlef Pollack, *Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?* In: *GG* 24 (1998), S. 110–131.

lich zeigte, resultierte somit zugleich aus einer vordergründigen Stärke und einer tieferliegenden Schwäche der DDR. Mit neuem Schwung hoffte Ulbricht nun, auch mit Hilfe der Geschichte den Beweis für die Richtigkeit des sozialistischen Modells antreten zu können. Der Rekurs auf die geschichtsphilosophische Legitimation der DDR fiel allerdings kaum zufällig in eine Zeit, in der die Problematik anderer Legitimationsgrundlagen der SED-Herrschaft zunehmend offensichtlich wurde. Historische Argumentationen spielten dabei eine Schlüsselrolle. Sie zeichneten sich durch einen eigentümlichen, zirkulären Charakter aus: Ausgehend von den jeweiligen politischen Zielen waren sie zum einen direkt rückwärts-gewandte Projektionen der Gegenwart, zum anderen erwuchs aus den so erst geschaffenen historischen »Fakten« Erklärungsmacht, die regelmäßig die gegenwärtige Politik als zwingend, wenn nicht gesetzmäßig erscheinen lassen sollte. Die Auflösung der Grenzen zwischen Faktizität und Fiktionalität, zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einer eigenen, in sich geschlossenen Sinnwelt war die Folge.

Die Untersuchung der öffentlichen Sphäre zeigt aber auch, daß der mediale Diskurs über das Thema selbst in den 60er Jahren zwar herrschaftlich überformt, aber keineswegs völlig geschlossen war. Die propagandistischen Anstrengungen stießen an zahlreiche Grenzen: Subjektive Erinnerungen und differenzierende, quellengestützte Analysen standen bei aller Akzeptanz eines parteilichen Wahrheitsbegriffs und Übereinstimmung in den grundlegenden politischen Zielen in einem Spannungsverhältnis zum kanonisierten instrumentellen Geschichtsbezug. Vor allem im kulturellen Bereich gab es Lesarten, die sich erkennbar von den propagandistischen Stereotypen abhoben. Daneben konnten die Kampagnen Folgen haben, die jenseits ihrer intendierten Ziele lagen, wie beispielsweise die Angriffe auf den Umgang mit dem Nationalsozialismus im Westen die (zaghafte) öffentliche Wahrnehmung der nationalsozialistischen Judenverfolgung in der DDR beförderten.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß dem Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR ein »gesellschaftliches Arrangement« zugrunde lag, das bereits in die Anfänge der kommunistischen Herrschaft zurückreichte<sup>86</sup> und fortwirkte. Die Entdifferenzierung der Geschichtserinnerung und ihre Monopolisierung kam den Interessen weiter Teile der Bevölkerung entgegen, weil damit die denkbar unpopuläre Debatte über persönliche Schuld und Mitverantwortung vermieden wurde. Persönliche Schuld in der Vergangenheit war nur bei Repräsentanten der Bundesrepublik ein Thema, ansonsten bestand die Chance, »antifaschistischen Geist« in der Gegenwart zu beweisen, in der Loyalität gegenüber der DDR und dem Kampf gegen die »Kriegstreiber und Monopolisten in Bonn«. Das

86 Vgl. Danyel, Opfer- und Verfolgtenperspektive (wie Anm. 4), S. 42 ff.

verbreitete Empfinden, primär Opfer einer ebenso verheerenden wie unvorhersehbaren Entwicklung geworden zu sein, fand durch die These von der alleinigen Verantwortung einiger konspirativ agierender Verbrecher aus den Kreisen der Großindustrie und Hochfinanz sowie ihrer nationalsozialistischen und militärischen »Handlanger« Bestätigung. Die reale Zustimmung vieler zur Herrschaft der Nationalsozialisten wurde tabuisiert, um im Gegenzug Loyalität in der Gegenwart einzufordern. Der staatsoffizielle Antifaschismus ermöglichte so das zeitliche Paradoxon, die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart zu beweisen.

Es bleibt die Frage, welcher Erfolg dem instrumentellen Antifaschismus als gesellschaftliche Identifikations-, Integrations- und Legitimationsstrategie beschieden war. Die Rezeptionsforschung zum Hörfunk gibt auf diese Frage keine klare Antwort.<sup>87</sup> Bis zum Ende der DDR und teilweise darüber hinaus finden sich hingegen Äußerungen zahlreicher Intellektueller, darunter auch Dissidenten, die auf Akzeptanz nicht nur dieses Traditions-Konstrukts deuten<sup>88</sup>, sondern auch den Schluß nahelegen, daß damit sehr wohl ein spezifischer Teil der Identität als DDR-Bürger verbunden wurde.<sup>89</sup> Obwohl es wenig Zweifel gibt, daß der zum offiziellen Antifaschismus geronnene Umgang mit dem Nationalsozialismus ein wichtiges Feld für die Identifikation mit dem Staat darstellte und somit auch einen Beitrag zur Stabilität der DDR leistete, wird man bei der Beurteilung zeitlich und sozial differenzieren müssen. Aus heutiger Sicht wirkt es so, als habe die systematische Intensivierung des instrumentellen Geschichtsbezugs fehlende Identifikationsmöglichkeiten auf anderen Feldern allenfalls zeitweise kompensieren können. Insbesondere die inflationäre Verwertung als Mobilisierungsstrategie zum Erreichen kurzfristiger

87 Dazu allgemein: Konrad Dussel, Der DDR-Rundfunk und seine Hörer. Ansätze zur Rezeptionsforschung in Ostdeutschland (1945–1965), in: RuG 24 (1998), S. 122–136.

88 »Wir fühlten eine starke Hemmung, gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gesessen haben.«; Christa Wolf, Im Dialog. Aktuelle Texte, Frankfurt a. M. 1990, S. 136; Die Psychologin Annette Simon hat den DDR-Antifaschismus daher retrospektiv als »Loyalitätsfalle« bezeichnet; vgl. FAZ vom 1. 2. 1993.

89 Ein eindrucksvolles Beispiel, das zugleich den Verfall der sozialistischen Utopie als Legitimationsgrundlage dokumentiert, lieferte die Liedermacherin Bettina Wegner, die in ihrem Lied »Mir fällt ein« die Realpolitik am antifaschistischen Heldenmythos maß: »Und ich denke an Thälmann/ und dann seh' ich was ist,/ und das ist wie'n Goldfisch/gegen faulenden Fisch./Und ihr habt was versprochen/und ihr hieltet es nicht/und wer euch erinnert,/der kommt vor Gericht«; zit. nach: Sandra Langenhahn, Ursprünge und Ausformung des Thälmannkults. Die DEFA-Filme »Sohn seiner Klasse« und »Führer seiner Klasse«, in: Leit- und Feindbilder in DDR-Medien, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 55–65, hier: S. 64 f.

politischer Ziele mußte über kurz oder lang zu erheblichen Verschleißerscheinungen führen, die – durch die enge Verbindung des Themas mit Kernbestandteilen der sozialistischen Ideologie und dem Staatsverständnis als »antifaschistischem Staat«<sup>90</sup> – dann auch den legitimatorischen Kern der Staatsideologie in Mitleidenschaft zogen. In der Phase der deutschlandpolitischen und globalen Entspannung seit Ende der 60er Jahre war die Formel von einer »Revanche der alten Faschisten« (auch vor dem Hintergrund der alters- und politisch bedingten Ablösung großer Teile der Eliten in der Bundesrepublik) einem massiven Verlust an Glaubwürdigkeit ausgesetzt. Die Entwicklung der offiziellen antifaschistischen Geschichtskultur zu immer inhaltsloseren, ritualisierten Inszenierungen war eine Folge davon.

<sup>90</sup> Vgl. Dan Diner, Zur Ideologie des Antifaschismus, in: *Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost*, hrsg. von Bernhard Moltmann u. a., Frankfurt a. M. 1994, S. 21–29; Diner sieht nicht nur eine enge Verbindung zwischen der historisch-teleologischen Weltdeutung des Staatssozialismus und der Interpretation des Nationalsozialismus als Faschismus, sondern rückt den Antifaschismus als eigentlichen Kern staatlicher Legitimation der DDR ins Zentrum.